



**Bund der**

**Strafvollzugsbediensteten**

**De  
uts  
chl  
an  
ds  
La  
nd  
es  
ve  
rb  
an  
d  
He  
sse  
n**

**Fachgewerkschaft im**



**Uwe Röhrig  
Landesvorsitzender**

Tel. dienstlich: 06033/893-400  
Tel. privat: 06033/924956  
Fax privat: 06033/9278920  
Fax dienstlich: 06033/893-401  
E-Mail: [u.roehrig@bsbd-hessen.de](mailto:u.roehrig@bsbd-hessen.de)

Datum: **31.08.2007**

## **Presseerklärung des Bunds der Strafvollzugsbediensteten zur aktuellen Situation im Jugendstrafvollzug:**

**Minister lehnt Personalverstärkung für den allgemeinen Vollzugsdienst im Jugendstrafvollzug im Gespräch mit dem Landesvorstand des Bunds der Strafvollzugsbediensteten ab**

Im Gespräch mit dem Landesvorstand des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen am 28.08.2007 im Hessischen Ministerium der Justiz lehnte Minister Jürgen Banzer die vom BSBD Hessen geforderte personelle Aufstockung des allgemeinen Vollzugsdienstes in den beiden

hessischen Jugendstrafvollzugsanstalten im kommenden Jahr ab. Dies sei trotz der Aufgabenmehrung, die mit der Einführung eines hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes im kommenden Jahr gerade für diese Laufbahn zu erwarten steht, gegenüber dem Finanzministerium nicht zu vertreten. Minister Banzer setzte im Gespräch mit dem Landesvorstand allein auf die Personalverstärkung für die Fachdienste (psychologischer Dienst , pädagogischer Dienst und Sozialdienst).

Zwar wird die Verstärkung seitens der Fachgewerkschaft selbstverständlich begrüßt. BSBD-Landesvorsitzender Uwe Röhrig erklärte jedoch ausdrücklich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes diejenigen sind, die für die Sicherheit auf den Stationen und in den Arbeitsbetrieben sorgen. Sie sind die ersten Ansprechpartner für die jugendlichen Strafgefangenen, sie sind es, die alltäglich und rund um die Uhr engagiert ihren Dienst leisten. Die Einführung von Überwachungskameras, um Sicherheit zu stiften, wird durch den Bund der Strafvollzugsbediensteten, ohne gleichzeitige Bereitstellung von Vollzugspersonal als ungeeignetes Mittel abgelehnt. Gewalt zwischen jugendlichen Gefangenen wird alleine durch Kameras nicht verhindert. Sie verlagert sich höchstens in die unüberwachten Bereiche. Monitorüberwachung allein ist in keiner Weise geeignet, Sicherheit zu gewährleisten. Allein die Präsenz der Kolleginnen und Kollegen könne bewirken, dass Substrukturen rechtzeitig erkannt und durchbrochen werden, zumal die Klientel im Jugendstrafvollzug zusehends schwieriger wird.

Demzufolge fordert der Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen zur Einführung des Jugendstrafvollzugsgesetzes im kommenden Jahr dringend die personelle Aufstockung auch des Personals im allgemeinen Vollzugsdienst. Der Verband hat hierzu bereits Anfang August 2007 eine Petition im Hessischen Landtag eingebracht.

V.i.S.d.P.

**Uwe Röhrig**  
**Landesvorsitzender**